



GBK-Kommunalrundbrief Nr.110

Juni 2016

Liebe Mitglieder,
Liebe Kommunalpolitikerinnen
und Kommunalpolitiker,

Die Verwaltungsstrukturreform sowie der Austausch zu Flüchtlingen standen im Mittelpunkt des Vernetzungstreffens mit der Landtagsfraktion.

Reichlich Informationen hält die Enquetekommission ländliche Räume bereit, über die Benjamin Raschke auf dem Treffen und im Kommunalnewsletter der Fraktion berichtet.

Der sozialpolitische Sprecher der Fraktion in Potsdam-Mittelmark hat den Ansatz der dezentralen Unterbringung im Kreis bekräftigt.

Zwei Anträge beschäftigen sich mit der Innenentwicklung von Kommunen: Die Potsdamer möchten eine stärkere Nutzung von innerstädtischen Grundstücken, in Bernau wollen die Bündnisgrünen durch planerische Standards Wildwuchs verhindern.

Die Sommerkonferenz der Bündnisgrünen im Juli hat als Thema: Land für was Neus und zielt dabei auf die für die Kommunen so wichtige Landesplanung ab.

Eine angeregte Diskussion und viel Vergnügen wünscht

Ansgar Gusy

Inhaltsverzeichnis

Bericht vom Vernetzungstreffen/ Komunalreform	2
Flüchtlinge	4
Direkte Demokratie und Beteiligung, Rechtsextremismus, AfD	7
Soziales, Diversity, Inklusion, Kinder, Jugend	8
Wirtschaft, Unternehmerinnen, Gemeinwirtschaft, Urban Gardening, Nachhaltigkeit	11
Politikmanagement, Steuertipps für Kommunalpolitiker*innen, „Kommunen im Netz“- die neue AKP	14
Ländliche Entwicklung, Planen und Bauen	15
Anträge Stadtentwicklung aus Bernau und Potsdam	19
Seminar: Herausforderung für das Wohnen und die Pflege älterer Menschen	22

Quellen

Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Brandenburg, Heinrich- Böll-Stiftung
Brandenburg, Flüchtlingsrat Brandenburg,
mobilogisch, AKP, MASGF, Fraktionen
Bündnis 90/Die Grünen Potsdam-
Mittelmark, Bernau, Potsdam , mabb,
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement, LJR, AKP, FPR Brandenburg

Vernetzungstreffen der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Kommunalfraktionen

Im ersten Teil berichtete Ursula Nonnemacher von der Verwaltungsstrukturreform. Grundlegendes Papier ist der“ Entwurf einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Kommunales zum Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019“ der Fraktionen SPD und die Linke zu Drucksache 6/1788.

Die Beschlussempfehlung nahm, berichtete Ursula Nonnemacher, viele Punkte aus der Beschlusslage von Bündnis 90/ Die Grünen auf. Verbesserungsbedarf sieht die Fraktion in den Bereichen Übertragung von Aufgaben, wobei es besonders Bedenken gibt bei den Bereichen Naturschutz, Immissionsschutz, Denkmalschutz, schulpyschologischer Dienst sowie der Aufsicht über Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe. Im Bereich der Demokratie hat die Fraktion weitergehende Forderungen, die direkte Demokratie zu verbessern durch die Erleichterung von Bürgerbegehren sowie in der Rechtsaufsicht und der Kinder und Jugendbeteiligung. Außerdem wäre es überlegenswert, die Fraktionen größerer Kreise mit entsprechendem Bedarf an Personal und Sachmitteln auszustatten. Sie bat um Vorschläge, wie groß ein solcher Bedarf sei. Das Amtsgemeindemodell soll als Möglichkeit der gemeinsamen Verwaltung eingeführt werden. Die Finanzen sollen zeitnah konsolidiert werden und nicht über einen Zeitraum von zehn Jahren gestreckt werden. Dabei sieht die Fraktion es kritisch an, dass einen Teil der Kosten aus dem Gemeindefinanzausgleich genommen werden soll. Außerdem befürwortet die Fraktion einen Mehrlastenausgleich für

Städte, die ihre Kreisfreiheit oder den Kreissitz verlieren.

In der Diskussion wurden Befürchtungen geäußert, dass ein Teil von Demokratie verloren gehen könnte. Gefragt wurde nach Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Es wurde darauf hingewiesen dass es heute schon Fachkräftemangel in den Kreisen gibt, die nicht an Berlin Grenzen. Angemahnt wurde eine Neuregelung der Gemeindefinanzen und die Gemeindegrößen problematisiert.

Insgesamt wird es nicht auf das Abstimmungsverhalten der Fraktion ankommen. Jedoch kann die Fraktion durch eine konstruktive Begleitung einige der oben genannten Punkte erreichen bei Verhandlungen mit den Koalitionsfraktionen. Ein gemeinsames Abstimmungsverhalten der Fraktion wird angestrebt. Dieses fasste Ursula Nonnemacher als Situationsbeschreibung zusammen.

Bei dem Thema Flüchtlinge verwies Ursula Nonnemacher auf das Problem, dass viele Städte und Kreise Unterbringungseinrichtungen geschaffen hätten, die jetzt leer stehen. Diese Kommunen würden bisher auf den Kosten sitzen bleiben. Hier sei ein finanzieller Ausgleich nötig. Sie verwies auch darauf, dass eigentlich alle Fragen zu Gesundheitskarte für Flüchtlinge geklärt sei, der Landkreistag und somit die Landkreise jedoch die Zustimmung verweigern würden, weil sie Missbrauch befürchteten, der jedoch in anderen Ländern nicht vorkommt. Das hinge auch mit der zuerst genannten Problematik zusammen. Ein zweiter Schwerpunkt sei die verbesserte Integration. Die bündnisgrüne Fraktion würde Eckpunkte für ein Integrationsgesetz vorlegen. Es müsse investiert werden in Bildung,

Sprachkurse und die Vermittlung von Arbeit.

Benjamin Raschke berichtete über die Enquetekommission „Perspektiven ländlicher Räume“. Die Sitzungen würden im Livestream übertragen. Wer Interesse hat an der Arbeit der Enquetekommission und der Grünen Fraktion, ist herzlich eingeladen zu dem Arbeitskreis, den die Fraktion gebildet hat. Ausführlich berichtete Benjamin Raschke in dem letzten Kommunalnewsletter der Fraktion über die Enquetekommission. Er nahm auch auf eine Reise der Enquetekommission nach Spanien Bezug, die sehr erfolgreich verlaufen ist. Aus dieser Reise hat die Enquetekommission Schlussfolgerungen gezogen. Den entsprechenden Antrag verteilte er auf dem Treffen. Der Antrag kann, wie alle anderen Papiere, bei der GBK angefordert werden.

Verwaltungsreform neu denken - Kooperation statt Zwangsfusion

Rede von Ursula Nonnemacher im Landtag

Zum wiederholten Mal hat die CDU-Fraktion im Landtag ihre Verweigerungshaltung bezüglich der geplanten Verwaltungs-strukturreform zum Ausdruck gebracht. Seit einem Jahr wird der Leitbildentwurf zur Verwaltungsstrukturreform der Landesregierung im Land kontrovers diskutiert. Unsere Fraktion hat sich in diese Debatte kritisch, aber konstruktiv eingebracht. Die Kommunal- und Verwaltungsstrukturreform ist das zentrale Vorhaben von rot-rot in dieser Legislaturperiode und dennoch hat sie es nie hinbekommen, die Bevölkerung von dem Sinn und Nutzen dieser Reform zu überzeugen. Die Landesregierung hat es nicht geschafft der Bevölkerung zu vermitteln, dass diese Reform zwingend notwendig ist angesichts des demografischen Wandels sowie der zu

erwartenden reduzierten Finanzausweisungen. Angesichts der sich verändernden Rahmenbedingungen geht es darum, wie im ganzen Land gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen und erhalten werden können. Die Anhörung im Ausschuss bei der über 17 Stunden lang 41 Vertreter der Kommunen sowie Gewerkschafterinnen zum Leitbildentwurf der Landesregierung angehört wurden zeigte noch einmal deutlich, dass die Regierungskoalitionen den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt haben.

Dieses Leitbild ist kein grünes Leitbild. Wir haben unsere Agenda ausformuliert und sehen Nachsteuerungsbedarf. Anders als die CDU lehnen wir die Verwaltungsstrukturreform jedoch nicht kategorisch ab, sondern sind bereit diese mitzutragen, denn wir müssen die Reform jetzt angehen und umsetzen, damit unser Land zukunftsfähig bleibt. Zu Beginn des Jahres 2011, als die Enquetekommission 5/1 auf den Weg gebracht wurde, einte eigentlich alle politischen Kräfte die Einschätzung, dass es erhebliche Probleme und dringenden Handlungsbedarf in puncto Zukunftsfähigkeit gäbe. Seit dem sind etwas mehr als 5 Jahre vergangen und einige scheinen manche Probleme heute lieber zu verleugnen. Da wird der demografische Wandel in seinen Auswirkungen geleugnet, da werden seit Jahrzehnten bestehende statistische Trends in Frage gestellt, da werden ansonsten ungeliebte Flüchtlinge als Trendwende verkauft und es wird ein diffuses Heimatgefühl als Ersatz für rationale Problemlösungsstrategien heraufbeschworen.

Wer seine Heimat, sein Land Brandenburg liebt, der muss sich den Problemen stellen und nicht abtauchen. Der darf sich nicht damit zufrieden geben, dass sich Gemeinden unter 3000 Einwohner als zukunftsfähig deklarieren, dass überschuldete Kommunen am Dauertropf hängen, dass Landkreise mit rapide schwindenden Einwohnerzahlen sich als verwaltungsstark apostrophieren. Dies ist menschlich verständlich, führt uns aber

nicht weiter. Die Erweiterung kommunaler Kooperationen ist kein Ersatz für eine Verwaltungsstrukturreform – das hat die Enquete 5/1 so gesehen, das wird im Leitbildentwurf begründet und es wird auch durch Heimattümelei nicht entkräftet. Freiwillige Zusammenarbeit geht mit tendenziell unübersichtlichen, mangelhaft legitimierten und kontrollierten Strukturen, erhöhtem Koordinierungsaufwand und größerer Instabilität einher. Manche Zweckverbände sind uns Mahnung! Freiwillige Kooperation birgt auch die große Gefahr, dass starke Kommune sich als autark erklären oder starke Partner sich einen starken Partner suchen. Wer kümmert sich um die, die Probleme haben? Bleiben die Schwachen zurück? Wer fühlt sich zum solidarischen Ausgleich verpflichtet?

Diese Ausgleichsfunktion ist unsere Aufgabe als Landesgesetzgeber! Wer „meine Heimat Brandenburg“ ernst meint, der darf nicht den Kopf in den Sand stecken und muss den Ausgleich extrem divergierender Partikularinteressen organisieren.

Dezentrale Unterbringungen von Flüchtlingen – ein Schlüssel zur Integration

Pressemitteilung – Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Fraktion Kreistag Potsdam-Mittelmark – 26.04.2016

Die Kreistagsfraktion B90/ Grüne Potsdam-Mittelmark begrüßt das Vorhaben der Verwaltung die Förderrichtlinie zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge für das Jahr 2016 auf 500.000,- zu erhöhen. Seit 2015 wurde mit dieser Förderrichtlinie die Bereitstellung von Wohnungen für Flüchtlinge mit 200.000,- pro Jahr gefördert. So konnte im vergangenen Jahr für 49 Personen im Landkreis Wohnraum geschaffen werden.

Bereits in der Fraktionsklausur vom 07.02.16 hatte sich die Grüne Kreistagsfraktion darauf verständigt, für eine Erhöhung dieser Förderrichtlinie

einzutreten. Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen wirkt vielen Problemen einer verdichteten zentralen Unterbringung entgegen. Durch das Vermeiden von einer Ghettoisierung und das gleichmäßige Verteilen von Geflüchteten auf den Landkreis kann eine deutlich bessere Integration ermöglicht werden.

Eine zusätzliche Entlastung der Gemeinschaftsunterkünfte hilft dortige Konflikte zu entschärfen, fördert Akzeptanz und erleichtert Unterstützungsangebote der Bevölkerung vor Ort. Diejenigen, die bleiben dürfen, sollten von Anfang an in ihrer Integrationsbereitschaft und -fähigkeit gefördert werden.

Die Grüne Kreistagsfraktion Potsdam-Mittelmark sieht die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen als Zukunftsmodell für den Landkreis Potsdam-Mittelmark, denn eine dezentrale Unterbringung ist humaner, fördert die Integration und ist kostengünstiger. Die Umverteilung geflüchteter von den großen Gemeinschaftsunterkünften in dezentrale Einrichtungen muss vor allem für diejenigen mit langer

„Bleibeperspektive“ rasch erfolgen.

Zurzeit verzeichnen wir eine temporär starke Abnahme der Flüchtlingszahlen, die nach Deutschland kommen. Dies ist auf die Grenzschießungen der Länder der sogenannten „Balkanroute“ und vor allem der geschlossenen griechisch-mazedonischen Grenze zurückzuführen. Diese Entlastung des Landkreises muss dazu genutzt werden, um provisorische Zustände in den bereits bestehenden Flüchtlingsunterkünften zu beheben und die dezentrale Wohnraumschaffung voranzutreiben.

Alan Oeff, Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Flüchtlingsunterbringung: Mit Umnutzungen neuen Wohnraum schaffen?

Ein neues Forschungsprojekt des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) untersucht, ob und auf welche Weise Nichtwohngebäude wie Büro-, Verwaltungs-, und Gewerbeimmobilien in Wohnungen für Flüchtlinge umgewandelt werden können.

Die Forscher verschaffen sich zunächst einen bundesweiten Überblick über die Gebäude, die für die Unterbringung und Wohnraumversorgung von Flüchtlingen genutzt werden. Auf dieser Basis analysieren sie im Anschluss die Entwicklungen in besonders stark betroffenen Großstädten genauer.

"Gerade auf angespannten Wohnungsmärkten ist die Unterbringung von Flüchtlingen eine besondere Herausforderung", erklärt BBSR-Wohnungsmarktexperte Rolf Müller. "Dort gibt es kaum Leerstand und die verfügbaren Flächen für Neubau sind knapp. Insofern gewinnen Umwandlungsprojekte an Bedeutung, sowohl für die Erstunterbringung als auch für die dauerhafte Wohnraumversorgung."

Das Projekt baut auf den bisherigen Ergebnissen des Forschungsfelds "Umwandlung von Nichtwohngebäuden in Wohnimmobilien" auf. Sie zeigten, dass Wohnungen, die durch Umnutzung geschaffen wurden, angespannte Wohnungsmärkte entlasten können. Die Mehrzahl der neuen Wohnungen entstand jedoch im hochpreisigen Segment. Das Forschungsinstitut empirica realisiert das aktuelle Projekt gemeinsam mit dem BBSR.

Karin Lorenz-Hennig
Referat II 13 - Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
Tel.: +49 228 99401-2630
karin.lorenz-hennig@bbr.bund.de

»Herausforderung - Flüchtlingskrise vor Ort«: Ergebnisse

Die vhw-Kommunalbefragung »Herausforderung - Flüchtlingskrise vor Ort« hat von März bis April 2016 mit über 30 Fragen zur Situation, zu Herausforderungen und zur Perspektive der Flüchtlingsaufnahme aktuelle Informationen aus den Städten und Landkreisen eingeholt. Insgesamt haben 583 Kommunen und 71 Landkreise an der Befragung teilgenommen. Die Befragung enthielt u.a. auch Fragen zum Engagement von AkteurInnen in den Kommunen, zur Koordination des Engagements und der Zusammenarbeit mit AkteurInnen. Die Zusammenarbeit mit AkteurInnen vor Ort bei der Bewältigung der Aufgaben wird überwiegend positiv gesehen, insbesondere jene mit ehrenamtlich Engagierten und Flüchtlingsinitiativen. Etwas schlechter bewertet wird die Kooperation mit Unternehmen, Migrantenorganisationen oder Moscheevereinen. Die Befragung fand mit Unterstützung des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Hessischen Städtetages statt.

[Weitere Informationen zur Kommunalbefragung](#)

[Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse](#) (PDF, 10,6 MB)

"Miteinander, füreinander! Begegnungen mit Flüchtlingen gestalten"

Die Robert Bosch Stiftung fördert im Rahmen des Programms "Miteinander, füreinander! Begegnungen mit Flüchtlingen gestalten" Praxisprojekte, die Begegnungen auf Augenhöhe zwischen Flüchtlingen und der lokalen Bevölkerung vor Ort initiieren.

Für eine Förderung bewerben können sich Initiativen und Projekte aus ganz Deutschland, die von der lokalen Bevölkerung und Flüchtlingen gemeinsam ausgeführt werden. Initiatoren oder Partner können Einrichtungen (z.B. Kultureinrichtungen), Gemeinden, Migrant*innenorganisationen, Flüchtlings(selbst)organisationen oder Vereine sein.

Lokale Bevölkerung und Flüchtlinge müssen gleichberechtigt an der Gestaltung der Begegnung beteiligt sein. Zielsetzung der Vorhaben ist immer eine doppelte: Gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen zu ermöglichen und Vorurteile in der aufnehmenden Gesellschaft abzubauen.

Gefördert werden neue Ansätze sowie der Transfer andernorts bereits erprobter Projektideen auf das eigene Umfeld.

Zielgruppen der Projekte sind in erster Linie Erwachsene mit und ohne Fluchterfahrung.

Es kann eine Förderung von 1.000 bis maximal 15.000 Euro beantragt werden. Die Mindestprojektlaufzeit beträgt drei Monate. Nicht gefördert werden Einzelveranstaltungen (z.B. Willkommensfeste) sowie reine Sprachkurse und Projekte zur Traumabewältigung. Auch Begegnungscafés, Onlineangebote für Flüchtlinge oder reine Freizeitaktivitäten können nicht gefördert werden.

Es gibt keine Bewerbungsfrist.
Bewerbungen sind laufend möglich.

Nähere Informationen sind [hier](#) zu finden.

Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstr. 31
70184 Stuttgart
Fon: 0711.46 08 40
Mail: impressum@bosch-stiftung.de
Web: www.bosch-stiftung.de

Abgewiesen. Weitergeschickt. Vertröstet. Verloren im deutschen Gesundheitssystem

Versorgungsbericht der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF e.V.) zur Situation von Geflüchteten in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen:

<http://gruenlink.de/16ux>

Sicherheit für bürgerschaftlich Engagierte

Informationen zum Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz im Ehrenamt in Brandenburg. Ein Faltblatt aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familien:
<http://gruenlink.de/16uy>

Stadtplan Potsdam speziell für Flüchtlinge

Die LGB ((Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg) und das Humboldt-Gymnasium Potsdam haben einen Stadtplan Potsdam speziell für Flüchtlinge erstellt. Er liegt als handliches Faltblatt vor und zeigt auf der Kartenseite den zentralen Bereich von Potsdam mit den wichtigsten Informationen. Auf der

Rückseite sind eine kleine Wörterkunde in mehreren Sprachen und die wichtigsten Telefonnummern zu finden. Die Karte gibt es auch im Netz <http://www.geobasis-bb.de/dienstleister/karten.htm>

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie in den Kommunen

Oliver Wiedmann von mehr Demokratie e.V. hat vor der Enquete-Kommission "Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels" zu diesem Thema referiert. Die Folien können in der Geschäftsstelle bestellt werden.

Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD

„Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen.“ lautet der Titel der Handreichung, die von der Amadeu Antonio Stiftung im April 2016 veröffentlicht wurde. Die Stiftung reagiert damit auf die Entwicklung der AfD hin zum zentralen rechten Akteur in Deutschland. Der Erfolg der Partei bei

den letzten Landtagswahlen gelang vor allem dank ihres rechtspopulistischen Auftretens. Mit ihrer Hetze gegen Minderheiten beeinflusst die AfD gesellschaftliche Debatten und die politische Kultur in Deutschland. Dabei werden bei gleichbleibender Demagogie politische Inhalte kalkuliert angepasst. So wird aktuell gezielt gegen den Islam Stimmung gemacht, seit mit dem Rückgang neuankommender Asylsuchender das Feindbild Flüchtlinge an Wirkung verloren hat. Die AfD macht nicht nur rassistische, nationalistische und andere menschenfeindliche Einstellungen hoffähig, sie stellt auch die Werte der offenen und liberalen Demokratie in Frage: die Unabhängigkeit von Justiz und Medien, Religionsfreiheit und der Schutz von Individualrechten.

In der Auseinandersetzung mit der AfD wird vielfach die Überforderung mit ihrer rechtspopulistischen Strategie deutlich. Vor diesem Hintergrund nutzt die Amadeu Antonio Stiftung die AfD als Beispiel, um auf Möglichkeiten im Umgang mit Rechtspopulismus hinzuweisen. In der Handreichung der Amadeu Antonio Stiftung werden insbesondere die Auseinandersetzung mit der Partei in Parlamenten und Kommunalvertretungen, der Umgang mit der AfD in den Medien, Interventions- und Handlungsstrategien in der pädagogischen Arbeit und die Spezifika für den schulischen Kontext berücksichtigt. Für jeden dieser Bereiche werden neben Handlungsempfehlungen Anlaufstellen genannt, die Fort- und Weiterbildungen im Zusammenhang mit Rechtspopulismus anbieten und konkret weiterhelfen können.

Die Handreichung wird als PDF zur Verfügung gestellt: [„Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen – Handlungsempfehlungen zum](#)

[Umgang mit der AfD](#)“ (PDF-Dokument)
Druckexemplare können bei der Amadeu Antonio Stiftung [bestellt](#) werden.

»Rechtsextremismus in lokalen Kontexten«: Publikation

Der Band »Rechtsextremismus in lokalen Kontexten« von Matthias Quent und Peter Schulz identifiziert in vier soziologischen Lokalstudien (Saalfeld, Jena, Kahla, Erfurt) begünstigende Faktoren, die lokale Gemeinschaften anfällig oder widerstandsfähig machen gegenüber Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Der Vergleich der Beispiele macht u.a. deutlich, wie Rechtsextremismus vor Ort funktioniert, wie man ihn erkennt, wissenschaftlich erhebt und was ihn befördert und verändert. Die Autoren leiten aus den Befunden der empirischen Untersuchung praxisnahe Handlungsempfehlungen für Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft ab und werben für eine neue Allianz zwischen Forschenden und der Zivilgesellschaft. Der Titel richtet sich an Politik-, Sozial- und GeschichtswissenschaftlerInnen, JournalistInnen, PolitikerInnen sowie an Engagierte der Zivilgesellschaft.

[Weitere Informationen zur Publikation »Rechtsextremismus in lokalen Kontexten«](#)

Ländertreffen Jugendbeteiligung 2016 / Anmeldung jetzt!

Einladung

Vom 09.-11.09.2016 sind wieder alle Jugendparlamente, Jugendbeiräte sowie auch noch nicht organisierte, aber politisch interessierte Jugendliche und Jugendinitiativen aus ganz Deutschland zum Ländertreffen Jugendbeteiligung 2016 nach Seddin (Nähe Potsdam) eingeladen.

Ihr wollt wissen, wie Jugendbeteiligung möglich ist und was sie erreichen kann? Ihr interessiert Euch dafür was andere Jugendparlamente oder Jugendbeiräte tun?

Ihr fragt euch, ob es anderswo ähnliche Herausforderungen und Zielsetzungen

von Jugendlichen gibt?

Ihr wollt aktive Jugendliche kennen lernen?

Dann kommt zum Ländertreffen Jugendbeteiligung 2016 nach Seddin bei Potsdam!

Das Ländertreffen bietet Workshops, Diskussionen und Spaß rund um das Thema Jugendbeteiligung.

Ein Schwerpunktthema wird in diesem Jahr Jugendbeteiligung im ländlichen Raum sein UND natürlich alle Themen, welche Ihr mitbringt.

Anmeldung & Infos:

www.beteiligungskonferenz.de

Veranstalter:

Fachstelle Kinder- u. Jugendbeteiligung Brandenburg in Kooperation mit Forum Ländlicher Raum Netzwerk Brandenburg

Bewerbungsstart für Brandenburger Inklusionspreis 2016 – Kinderbeteiligung stärken

In diesem Jahr lautet das Motto „Alle dabei! Inklusion durch Kinder- und Jugendbeteiligung“. Bewerbungen sind ab sofort möglich. Einsendeschluss ist der 06.09.2016. Der Preis wird im Dezember 2016 vergeben. Es werden Projekte und Initiativen gesucht, die das in der Praxis begreifbar und erlebbar machen. Besonders Kinder und Jugendliche sind aufgerufen, ihre Vorschläge einzureichen.“ Bis zu fünf beispielgebende Aktivitäten

werden mit jeweils 2.000 Euro ausgezeichnet.

Weitere Informationen zur Ausschreibung können [hier](#) eingesehen werden.

Studie: »Jugend und Politik« der Friedrich-Ebert-Stiftung

Das Interesse und die Teilhabe von Jugendlichen an Politik und politischen Prozessen steht regelmäßig im kritischen Blickfeld von Wissenschaft und (Fach-)Öffentlichkeit. Einen weiteren Versuch, sich den damit verbundenen Fragestellungen zu nähern, unternimmt eine aktuelle Studie des Forums »Jugend und Politik« der Friedrich-Ebert-Stiftung. In Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut wurden im vergangenen Jahr mehr als 2.000 Jugendliche im Alter zwischen 14-29 Jahren zu ihrer politisch-gesellschaftlichen Teilhabe befragt. Dr. Stefanie Hanke, Leiterin des Forums Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung, stellt in ihrem Gastbeitrag die Studie vor und erläutert, wie wichtig die Erfahrung der Selbstwirksamkeit für das politische Engagement.

Der Gastbeitrag zur Studie kann [hier](#) eingesehen werden.

Miles-Paul: Diskriminierungserfahrungen und Gegenmaßnahmen

Dimensionen der Diskriminierung von Menschen mit Behinderung und Gegenmaßnahmen sind Thema des Gastbeitrages von Ottmar Miles-Paul, Behindertenverband »Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL)«. Ob diese Diskriminierungen architektonischer oder

verhaltensbedingter Natur sind: Erst durch sie wird Exklusion von Menschen mit Behinderung real. Diese zu überwinden bedarf es sowohl gesetzlicher Maßnahmen als auch weiter fortgesetzter zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. In Deutschland sind bei Weitem nicht alle Potenziale ausgenutzt. Dies illustriert Miles-Paul an dem in Deutschland noch zu wenig bekannten Prinzip der »angemessenen Vorkehrungen« aus der UN-Behindertenrechtskonvention: »Denn das Prinzip der angemessenen Vorkehrungen gegen Diskriminierungen zwingt uns, nicht darauf zu schauen, was alles nicht geht, sondern darauf, welche Anpassungen wir vornehmen können, damit Barrieren und Diskriminierungen abgebaut werden.«

[Gastbeitrag von Ottmar Miles-Paul](#)
(PDF, 499 kB)

»Lust auf Verschiedenheit - Inklusionsprozesse gestalten«: Analyse

Die Analyse »Lust auf Verschiedenheit - Inklusionsprozesse gestalten«, herausgegeben von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e.V., beschreibt mögliche Rollen von Freiwilligenagenturen in kommunalen Inklusionsprozessen und stellt Thesen zur Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für Inklusion heraus. Die Studie basiert auf einer Umfrage unter 92 Freiwilligenagenturen und wurde im bagfa-Inklusionsprojekt »Sensibilisieren, Qualifizieren und Begleiten - Freiwilligenagenturen als inklusive Anlauf- und Netzwerkstellen für Engagement weiterentwickeln.« erarbeitet. Eines der wesentlichen Ergebnisse der Analyse ist: »Freiwilligenagenturen werden zunehmend als Akteure für Inklusion vor

Ort wahrgenommen. Die Bedarfe gehen von Anfragen nach Fachreferentinnen und -referenten bis hin zu gemeinsamer Projektentwicklung.«

[Weitere Informationen zur Analyse und Download](#)

3. Fachforum gegen Homo- und Trans*phobie in Cottbus

Termin: 30. Juni 2016

Zeit: von 10.00 bis 15.00 Uhr

Ort: Jugendkulturzentrum **Glad-House**, Straße der Jugend 16, 03046 Cottbus

Im Rahmen des 8. Christopher Street Day 2016 findet das 3. Fachforum gegen Homo- und Trans*phobie zum Thema: "Weltoffene Stadt..." statt.

Hintergrund: unsere Botschafter_innen geben Einblick in Problemlagen per Videobotschaft – [hier klicken](#)

Das Fachforum richtet sich an: Lehrende, Sozialarbeiter_innen, Erzieher_innen, Politiker_innen, Menschen aus der Verwaltung, zivilgesellschaftliche Akteur_innen und Personen aus Firmen,

Uns ist das gegenseitige Kennenlernen, der Erfahrungsaustausch und eine wertschätzende Atmosphäre wichtig. Wir verzichten bewusst auf allerlei Grußworte und epische Fachvorträge. Vielmehr wollen wir uns Zeit für die Betrachtung von Problemlagen und das Aufspüren von Lösungs- und Handlungswegen nehmen.

Um gut planen zu können ist eine Anmeldung erforderlich: [zur Anmeldung - hier klicken](#)

Anmeldeschluss: 15.06.2016

Infos rund um den 8. CSD Cottbus 2016 – [hier klicken](#)

Das Projekt CSD Cottbus 2016 für Cottbus und die Niederlausitz wird gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen

und Familie des Landes Brandenburg (MASGF), sowie durch die Stadt Cottbus.

Eiskirch: Diversity als lohnenswerter Ansatz für die Stadt Bochum

Diversity als lohnenswerter Ansatz für die Stadt Bochum ist das Thema des Gastbeitrages von Thomas Eiskirch, Oberbürgermeister der Stadt Bochum. Die Stadt Bochum hat 2008 die Diversity-Charta unterschrieben und seitdem als Arbeitgeberin eine Vielzahl von Projekten angestoßen. In den vergangenen Jahren standen interne Auswahlprozesse und ein Austausch mit anderen Diversity-AkteurInnen in der Stadt, wie etwa BP oder dem VfL Bochum, im Mittelpunkt. Künftig sollen die verschiedenen Aktivitäten der Stadt unter dem Dach Diversity strategisch zusammengeführt werden, wobei die Erfahrungen aus dem Gender Mainstreaming als Blaupause dienen: »Dieser Weg erscheint mir erfolgversprechend, weil der ›Diversity‹-Ansatz sowohl individuelle Unterschiede der Menschen als auch unterschiedliche Lebensentwürfe, Lebensweisen und Lebensphasen sowie verschiedene Familienstrukturen mit unterschiedlichen Zeitbedürfnissen berücksichtigt.«

[Gastbeitrag von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch](#) (PDF, 465 kB)

Internetforum zur Kindertagesbetreuung

Es ist von vielen Pädagoginnen, MitarbeiterInnen in den Gemeinde-, Amts- und Kreisverwaltungen und auch von Eltern sehr bedauert worden, dass die Kita-Internetforen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) durch einen Hackerangriff zerstört wurden. Leider sind im MBS die personellen Ressourcen nicht vorhanden, die Foren

neu aufzubauen und zu administrieren. Daher hat man sich dort entschieden, eine Initiative zur Einrichtung, Pflege und Betreuung von Internetforen zur Kindertagesbetreuung in Brandenburg zu fördern. Die neuen Foren sind jetzt online und ich würde mich freuen, wenn sie wieder so eine rege Beteiligung finden würden, wie die alten MBSJ-Foren. Dann könnten auch sie wieder ein wichtiges Medium zur Bereicherung der Fachdebatte in Brandenburg werden. Registrierte Benutzer können hier Fragen stellen, Meinungs- und Informationsbeiträge einstellen und vorhandene Beiträge kommentieren; nicht angemeldete Besucher können immerhin alle Beiträge lesen....und das Forum ist wirklich einfach zu bedienen: Wer E-Mails schreiben kann, kann sich auch in dem Forum zurechtfinden!

Ich würde mich über Ihren/euren Besuch dort und mehr noch über eine aktive Beteiligung sehr freuen. Detlef Diskowski

Weitere Informationen:

<http://www.kita-brandenburg.de/>

Förderpreis „Medienkompetenz stärkt Brandenburg“

Noch bis zum 15.08.2016 können sich nicht-staatliche Institutionen (z. B. Vereine) und Einzelpersonen ab 18 Jahren um den **Förderpreis "Medienkompetenz stärkt Brandenburg"** bewerben. Der Preis ist mit 20.000 Euro dotiert und kann auf bis zu fünf Preisträger verteilt werden. Die Preise werden auf der diesjährigen Netzwerktagung „Medienkompetenz stärkt Brandenburg“ am 12.10. 2016 in Potsdam verliehen.

Weitere Informationen zur Ausschreibung können [hier](#) eingesehen werden.

50.000 Euro für Projektideen, die das Älterwerden im vertrauten Wohnumfeld unterstützen

Schon mit kleinen Maßnahmen kann die soziale Infrastruktur in einem Ort so verbessert werden, dass ältere Menschen länger im eigenen und vertrauten Wohnumfeld leben können. Das können zum Beispiel zusätzliche Sitzgelegenheiten auf dem Weg zum Supermarkt, Treffpunkte verschiedener Generationen, Nachbarschaftshilfen oder alltagsunterstützende Angebote wie Fahrten zur Arztpraxis sein. Im Rahmen der Pflegeoffensive Brandenburg unterstützt die „Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg“ in diesem Jahr solche Projektideen mit insgesamt 50.000 Euro. Unter dem Motto „Gut Älterwerden im vertrauten Wohnumfeld“ sollen damit möglichst viele Kleinprojekte und Maßnahmen unterstützt werden. Die Antragsunterlagen sind im Internet unter www.gesundheitbb.de eingestellt.

Praxisdialog "Familienfreundliche Kommune"

Ein neuer Praxisdialog "Familienfreundliche Kommune" vom 17.5. bis 30.6.2016 wurde jetzt auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder gestartet.

<http://gruenlink.de/16uw>

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

ab sofort zeigt sich die Webseite der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) in neuem Design und unter neuer Internetadresse. Mit dem Relaunch werden bewährte Inhalte und Informationen sowie interessantes Neues leichter zugänglich gemacht. Das Angebot wird in klarem Design und mit neuer übersichtlicher Struktur zeitgemäß

präsentiert und ist damit auf allen Endgeräten gut les- und erreichbar.

„Mit der neuen horizontalen Navigation können sich die Nutzerinnen und Nutzer intuitiver und schneller über unsere Projekte, Materialien und Veranstaltungen informieren und mit uns Kontakt aufnehmen. Die neue Webseite macht gleichzeitig die Angebote von Engagement Global unmittelbar verfügbar und umgekehrt, da nun auch digital unter einem gemeinsamen Dach gearbeitet wird“, so Dr. Stefan Wilhelmy, Abteilungsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist die Service- und Beratungseinrichtung zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik in Deutschland. Seit 2002 informiert, berät und vernetzt die SKEW Entscheidungsträgerinnen und -träger aus Städten, Gemeinden und Landkreisen im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die vielfältigen Projekte befassen sich mit den Schwerpunktthemen Fairer Handel und Faire Beschaffung, Global Nachhaltige Kommune, Kommunale Partnerschaften sowie Migration und Entwicklung. Darüber hinaus bietet die SKEW auch personelle und finanzielle Unterstützung an.

Hier geht es zur neuen Seite:
<http://skew.engagement-global.de>

„Aktion Nachhaltige Entwicklung - Lokale Agenda 21“ und „Aktion Gesunde Umwelt“- Auch 2016 Förderprogramme

Das Brandenburgische Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und

Landwirtschaft stellt auch dieses Jahr wieder Gelder aus den Lotto-Konzessionsabgaben für kleine lokale und regionale Projekte im Bereich Nachhaltigkeit zur Verfügung.

Im Förderprogramm „**Aktion Gesunde Umwelt**“ werden bis zu 2500 Euro für Bildungsprojekte und im Programm "**Aktion Nachhaltige Entwicklung - Lokale Agenda 21**" jeweils max. 5000 Euro für Projekte, die die nachhaltige Entwicklung vor Ort stärken, bereitgestellt.

Das Programm "**Aktion Nachhaltige Entwicklung - Lokale Agenda 21**" soll die Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNHS) auf lokaler und regionaler Ebene unterstützen. Daher werden insbesondere solche Projekte gefördert, die sich aus den einzelnen

Handlungsschwerpunkten der LNHS mit ihren Handlungsfeldern und Maßnahmenkatalogen ableiten lassen.

Aktuelle **Antragsfristen** für die „**Aktion Nachhaltige Entwicklung – Lokale Agenda 21**“ sind: **15.07.2016** und **15.09.2016**.

Angaben dazu unter <http://gruenlink.de/16ut>

Angaben zu beiden Förderprogrammen finden Sie demnächst auch unter www.aktion-brandenburg.de.

Im Download-Bereich (unten) können Sie **Flyer zu beiden Programmen** - erarbeitet vom Projektträger agrathaer GmbH in Müncheberg - herunterladen.

[Aktion Nachhaltige Entwicklung - Lokale Agenda 21](#)

[Aktion Gesunde Umwelt](#)

<http://gruenlink.de/16us>

Die Welt der Commons (Publikation)

Helfrich/ Bollier/ Heinrich-Böll-Stiftung:

Mit den theoretischen Grundlagen und der Praxis der Commons beschäftigt sich die Heinrich-Böll-Stiftung seit mehreren Jahren. 2012 erschien der erste Band »Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat«. In dem zweiten Band - dem ein dritter folgen wird - »Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns« (2015, transcrit Verlag) stellen AutorInnen aus allen Kontinenten Beispiele aus konkreten Praktiken weltweit vor, mit dem Ziel, »Muster des Commoning« sichtbar zu machen. Teil I, der zur Orientierung dient, folgen knappe Profile von über 50 verschiedenen Commons (Teil II). Im Teil III wird schließlich die Frage gestellt, wie tief sich Commoning in unserer Welt verwurzeln und in welche Ebene es vordringen kann. »[Wir wollen] im Gegensatz zur Standardökonomik besondere Aufmerksamkeit auf die innere Dynamik der Commons richten« - so die HerausgeberInnen des Bandes Silke Helfrich, Autorin, Commons-Aktivistin, und David Bollier, amerikanischer Commons-Experte, -Aktivist und Blogger.

[Weitere Informationen und Inhaltsverzeichnis des Bandes](#)

[Publikation bestellen](#)

Urban Gardening und essbare Stadt

Die Gemeinschaft www.Anstiftung.de vergibt Fördergelder über Gemeinschaftsgarten Projekte (<http://anstiftung.de/foerderung>)! Wie das auch in kleinen Gemeinden funktionieren: kann ein Beispiel unter www.essbare-gemeinde.de

Grüne Unternehmerin Brandenburg – selbstbewusst, tatkräftig und ideenreich!

Anlässlich des Brandenburger Gründerinnentags am 04. Mai haben wir in Falkensee mit unserer neun Präsentationsreihe „Grüne Unternehmerin Brandenburg – selbstbewusst, tatkräftig und ideenreich!“ begonnen. Das Erfolgskonzept: Drei Frauen mit ähnlichen Interessen und Talenten tun sich zusammen und produzieren nachhaltig, regional und fair. Wir fanden es richtig klasse! Schaut doch mal auf unserer Website vorbei und macht euch ein Bild von Annette, Sabine und Asel aus Falkensee, die wir für ihr Engagement und ihren Mut ausgezeichnet haben: www.gruene-brandenburg.de/gruene-gruenderin.

Zum Hintergrund der Aktion: Immer mehr weibliche Gründerinnen

Mehr und mehr berufstätige Frauen entscheiden sich, ihre Kompetenzen und Erfahrungen in ein eigenes Business zu investieren. Mit originellen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Ideen stärken sie die Wirtschaftskraft Brandenburgs und unterstützen Grüne Werte. Wir möchten diese mutigen und engagierten Frauen unterstützen und ihnen Gesicht geben. Viele von solchen Frauen sind bereits Mitglied bei uns – andere möchten wir kennenlernen und zu unserem Netzwerk hinzufügen.

Ihr kennt Grüne Gründerinnen aus Brandenburg – oder seid vielleicht selbst eine? Dann mailt uns an: gruenderin@gruene-brandenburg.de und erzählt uns, warum ihr die nächste Gründerin seid, die wir in unserer Präsentationsreihe besuchen und auf unserer Website vorstellen. Wir freuen uns auf eure Ideen!

Kommunale Aufwandsentschädigung

Informationen über die steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen gewährt werden - Merkblatt als PDF-Datei zum Herunterladen.

[Artikel lesen](#)

Abschlussveranstaltung: Modellkommunen und E-Government

Am 22.09.2016 findet die Abschlussveranstaltung des Pilotvorhabens „Modellkommune E-Government“ in Berlin statt. Das von den kommunalen Spitzenverbänden und BMI initiierte und von der Hochschule Harz betreute Projekt wird dort sowohl in einem klassischen Projektbericht, wie auch in einem Leitfaden, der die Erfahrungen in den Modellkommunen darstellt, vorgestellt. Eine Anmeldung vorab ist nötig, da die Teilnehmerzahl auf 200 begrenzt ist.

Studie zu Kommunalpolitiker in NRW: Männlich, verheiratet, wohlhabend

Etwa 20.000 Männer und Frauen sitzen in den nordrhein-westfälischen Gemeinde- und Stadträten. Was den typischen Kommunalpolitiker ausmacht, ist indes kaum bekannt. Eine repräsentative Erhebung des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen (UDE) zeigt Erstaunliches.

"Kommunen im Netz"

"Kommunen im Netz" ist das Schwerpunktthema der aktuellen AKP-Ausgabe: Alle sprechen von der Digitalisierung und ihren Chancen. Viele Kommunen sind von den neuen

technischen Möglichkeiten allerdings überfordert. Was leisten offene Standards? Sitzen bald alle mit Tablets im Rat? Und müssen wir unbedingt bei Facebook sein? Wege durch das digitale Dickicht zeigt AKP 3/2016.

Weitere Themen in der neuen Ausgabe:

- Kommunalwahlen in Hessen: Ein Thema überlagerte alles
- Integrationspauschale im Landkreis Würzburg
- Dortmund: Flüchtlingsunterbringung mit Hilfe von Migrantenorganisationen
- Energiespar-Contracting: Wer profitiert am Ende?
- Urteil zu verkaufsoffenen Sonntagen
- Bildungswerke Norderstedt: Wie lernen wir 2040?
- Bodensteuer statt Grundsteuer: Sanfter Druck auf den Wohnungsbau

Einzelpreis: 11 Euro plus 1,30 Euro Versand
 Abopreis: 60 Euro (sechs Ausgaben im Jahr)
 Wir freuen uns auf Eure Bestellungen: akp@akp-redaktion.de

Seminare Politikmanagement

In den Seminaren erhalten engagierte Menschen die Möglichkeit, Kompetenzen zielgerichtet weiter zu entwickeln. Die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg bietet ein umfassendes und regional breit aufgestelltes Leistungsspektrum an Weiterbildungsformaten. Die Angebote richten sich sowohl an Politikeinsteiger/innen, an Politikprofis auf kommunaler Ebene und an ehrenamtliche Vorstände, Schwerpunkte des Programms liegen bei Rhetorik- und Präsentationsseminaren, sowie Schulungen im Bereich des Politikmanagements. Alle Termine und Informationen auf <http://www.boell-brandenburg.de/de/politikmanagement-0>

**„Land für was Neues!“ – Grüne
Sommerkonferenz 2016 zur
Landesentwicklung**

bei der Fahrt in die Mark verkünden
Werbetafeln verheißungsvoll:
„Brandenburg. Neue Perspektiven
entdecken“. Doch welche neuen
Perspektiven sind da eigentlich gemeint?
Welche Ideen haben wir Bündnisgrüne für
das Land?

Unsere diesjährige Sommerkonferenz am
16. Juli in Baruth/Mark geht der Frage
nach, wie wir Brandenburg innovativ voran
bringen. Von Mobilität über
Flughafenkonzepte, von naturnahem
Flussbau bis zur kulturellen Förderung –
Planung in Brandenburg ist, gerade in
einer sich rasant verändernden Welt, vor
viele Herausforderungen gestellt.

Wie können wir heute Brandenburg für die
nächsten dreißig, fünfzig oder mehr Jahre
nachhaltig, sozial und demokratisch
entwickeln? Wir haben den Anspruch,
Veränderungen aktiv mitzugestalten:
Brandenburg – hier ist „Land für was
Neues“!

Dahin laden wir Sie und Euch herzlich ein.
Diskutiert mit uns auf der grünen
Sommerkonferenz am 16. Juli im Schloß
Baruth/Mark.

Petra Budke und Clemens Rostock
Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
Brandenburg

PS. Das ausführliche Programm zur
Sommerkonferenz folgt in Kürze. Wer die
Wartezeit nutzen möchte, dem sei schon
vor dem 16. Juli ein Ausflug nach
Baruth/Mark empfohlen, denn: Die Stadt
feiert in diesem Jahr ihr 400-jähriges
Bestehen mit einem vielfältigen
Programm: <http://gruenlink.de/164j>

„Land für was Neues!“ – Grüne
Sommerkonferenz 2016 zur
Landesentwicklung
Datum: 16. Juli 2016, 11 – 18 Uhr (mit
anschließendem Sommerfest)

Ort: Schluss Baruth/Mark

Vorläufiges Programm

11:00 Empfang und Grußworte

12:00 – 13:45 Workshopphase I

1. Land in Sicht: Landesentwicklung in
Brandenburg

2. Kultur im Wolfserwartungsland

3. Mischen Impossible? Länderfusion
Berlin-Brandenburg

4. Heimathafen BER: Internationales
Drehkreuz oder Regionalflyhafen?

13:45 – 14:30 Mittagspause

14:30 – 15:30 Praxisworkshops und
Stadt-Spaziergänge

15:45 – 17:30 Workshopphase II

5. Mobilität in der Kommune - Politik für
Neubau und Bestand

6. Flusspolitik: Alles im Fluss?

7. Baukultur für alle von allen

8. Leben im ländlichen Raum:
Krisenherd Pampa?

17:30 – 18:00 Gemeinsame
Auswertung und grüner Sommerabend

Dokumente der Enquete-Kommission 6/1 "Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels"

In der Enquete-Kommission werden viele Gutachten und Materialien erstellt. Hier ein Überblick über die bisherigen Veröffentlichungen

[Präsentation des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie](#)

["Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Vielfalt regionaler Entwicklung" in der 6. Sitzung der EK 6/1 am 22.04.2016 \[PDF, 2.5 MB\]](#)

[Präsentation der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Vielfalt regionaler Entwicklung" in der 6. Sitzung der EK 6/1 am 22.04.2016 \[PDF, 65.6 KB\]](#)

[Präsentation des Thünen-Institut für Ländliche Räume "Elemente und Rahmenbedingungen öffentlicher Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen" in der 6. Sitzung der EK 6/1 am 22.04.2016 \[PDF, 1.4 MB\]](#)

[Entwicklungsstrategie der Gemeinde Pinnow und des Amtes Oder –Welse „Kommunen schaffen Voraussetzungen für Wertschöpfung“ zur 5. Sitzung der EK 6/1 am 18.03.2016 \[PDF, 6.5 MB\]](#)

[Präsentation der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Uckermark e. V. zur 5. Sitzung der EK 6/1 am 18.03.2016 \[PDF, 93.6 KB\]](#)

[Präsentation des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zum Thema "Cluster und Clusterförderung im Land Brandenburg unter besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raumes" auf der 5. Sitzung der EK 6/1 am 18.03.2016 \[PDF, 890.2 KB\]](#)

[Präsentation des Thünen-Instituts für ländliche Entwicklung zum Thema](#)

["Regionale Wertschöpfung und Beschäftigung" auf der 5. Sitzung der EK 6/1 am 18.03.2016 \[PDF, 535.4 KB\]](#)

[Präsentation der Abteilung Arbeit, Qualifizierung, Fachkräfte des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zu "Arbeitsmarktentwicklung und Fachkräfte: Folgen für den ländlichen Raum" auf der 5. Sitzung der EK 6/1 am 18.03.2016 \[PDF, 809.9 KB\]](#)

[Präsentation des Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft zum Thema "Vorstellung der Leitlinien und Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie" in der 4. Sitzung der EK 6/1 am 19.02.2016 \[PDF, 867.2 KB\]](#)

[Präsentation der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg zum Thema "Perspektiven der Landesplanung" in der 4. Sitzung der EK 6/1 am 19.02.2016 \[PDF, 2.2 MB\]](#)

[Vortrag des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung im BBR Bonn "Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels" in der 3. Sitzung der EK 6/1 am 11.12.2015 \[PDF, 10.6 MB\]](#)

[Vortrag des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg "Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg" in der 3. Sitzung der EK 6/1 am 11.12.2015 \[PDF, 1.8 MB\]](#)

[Präsentation der Landesregierung zum Thema "Demografischer Wandel" in der 2. Sitzung der EK 6/1 am 06.11.2015 \[PDF, 7.5 MB\]](#)

[Drucksache 6/1481-B \(Einsetzung einer Enquete-Kommission 6/1\) \[PDF, 159.4 KB\]](#)

Der Kommunal-Newsletter 9 der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen informiert über die Arbeit der _Enquetekommission.

<http://gruenlink.de/16uv>

Datengrundlage zur raumbezogenen Analyse von Kommunalindikatoren

WissenschaftlerInnen und Studierenden sozialwissenschaftlicher und artverwandter Fachrichtungen stellt das Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) eine Vielzahl von Daten unentgeltlich zur Verfügung. Der „Scientific Use File (SUF)“ enthält Daten von 173 Indikatoren des Wegweisers Kommune 2009 bis 2013. Zugang und weitere Information zu den Nutzungsbedingungen:

http://www.polizei-newsletter.de/links.php?L_ID=325

Internetauftritt "Deutsch-Polnisches Raumordnungsportal" gestartet

Zum 25. Jubiläum des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit präsentiert der Ausschuss für Raumordnung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit sein gemeinsames Raumordnungsportal der Öffentlichkeit.

Die neu gestaltete zweisprachige Internetseite www.kooperation-ohne-grenzen.de ist in Zusammenarbeit vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und des polnischen Ministeriums für Entwicklung entstanden. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung war mit der Ausarbeitung der Website betraut.

Im Webportal erfahren die Nutzer mehr über die Arbeit des Deutsch-Polnischen Raumordnungsausschusses. Darüber haben Interessierte Gelegenheit, sich mit den vielfältigen Aktivitäten der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Bereich der Raumordnung vertraut zu machen.

Vorgestellt wird auch das Gemeinsame Zukunftskonzept 2030 für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum, weitere Projekte und Aktivitäten der Kooperation sowie die Zusammenarbeit im Bereich der maritimen Raumordnung. Nicht zuletzt können sie sich die Nutzer selbst in aktuelle Aktivitäten einzubringen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Raumplanung in der deutsch-polnischen Grenzregion findet auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Bereichen statt. In den letzten Jahren wurden viele Projekte umgesetzt und Erfahrung in verschiedenen Bereichen gewonnen. Behörden und Interessengruppen generierten dabei wichtige Informationen, die nun über das gemeinsame zweisprachige (deutsch und polnisch) Raumplanungs-Webportal ausgetauscht werden können, das alle vorhandenen Informationen, Erfahrungen, Dokumente und Links zu relevanten Quellen sammelt. Insbesondere sind Planungsunterlagen erhältlich und den relevanten Planungsbehörden wird es leicht gemacht, Kontakte zu den Behörden auf der jeweiligen anderen Seite der Grenze aufzubauen.

Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg mit dem Schwerpunkt „Bevölkerung“ erschienen

Bevölkerungszahlen sind eine wesentliche Grundlage für Planungen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Die Nachfrage ist ungebrochen groß. Ein Grund mehr, bevölkerungsstatistische Analysen in den Mittelpunkt der vorliegenden Ausgabe 1/2016 der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg zu rücken.

Im Beitrag „Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg für den Zeitraum 2014 bis 2040“ wird die vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg gemeinsam mit dem Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) Brandenburg erstellte Prognose vorgestellt. Hans Jürgen Volkerding/LBV erläutert die hierfür getroffenen Annahmen und geht auf Prognoserisiken ein. In einem weiteren Beitrag zum Thema Bevölkerung werden Schätzverfahren zur Ermittlung der Einwohnerzahl für die Berliner Bezirke näher beleuchtet. Anhand von „Lebensbäumen“ wird zudem die Altersstruktur der Berliner Bevölkerung veranschaulicht. Dabei werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Vergleich zu anderen europäischen und internationalen Metropolen herausgearbeitet.

Ein Beitrag befasst sich mit dem viel diskutierten Thema der Armutsgefährdung 2014 in den Ländern Berlin und Brandenburg. Mit einer detaillierten demografischen und sozioökonomischen Partneranalyse auf Basis des Zensus 2011 wird außerdem dargestellt, ob sich bei den in Berlin und Brandenburg lebenden Paaren tatsächlich die sprichwörtlichen „Gegensätze“ anziehen oder sich doch eher gleichgeartete Partner finden. Auf Fragen zu Asylbewerberleistungen in Berlin und Brandenburg, wie Kosten der Leistungen für Asylbewerber 2014 oder der Entwicklung der Zahlen der Asylsuchenden in beiden Ländern, sucht ein weiterer Beitrag Antwort.

Die Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg erscheint vier Mal im Jahr. Im Internet ist die Zeitschrift unter der Adresse www.statistik-berlin-brandenburg.de und dem Menüpunkt

„Produkte“ kostenfrei im PDF-Format verfügbar.

—

Über das Datenangebot der amtlichen Statistik informiert:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Telefon: 0331 8173-1750, **Fax:** 030 9028-4091

E-Mail: Zeitschrift_Redaktion@statistik-bbb.de

Zahlen zum Antibiotika-Einsatz in der Nutztierhaltung in Brandenburg

Zum ersten Mal wurden vom Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz Zahlen zum Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung in Brandenburg dem zuständigen Ausschuss vorgelegt. Der nach wie vor hohe Antibiotika-Einsatz in der Nutztierhaltung steht weiterhin in der Kritik, daher ist es gut, dass wir – auf Betreiben unserer Fraktion – nun endlich konkrete Zahlen über den Einsatz von Antibiotika in brandenburgischen Betrieben haben. Der massenhafte Einsatz von Antibiotika in der Tiermast ist eine der Ursachen für das vermehrte Vorkommen von multiresistenten Keimen. In einer Vielzahl von brandenburgischen Betrieben wird überdurchschnittlich viel Antibiotika eingesetzt. Unser Druck auf das Verbraucherschutzministerium, diese Zahlen zu veröffentlichen, hat Wirkung gezeigt. Transparenz, öffentlicher Druck und wirksame Auflagen an die Tierhalter sind notwendig, um von der hohen Antibiotika-Gabe in der Nutztierhaltung herunterzukommen.

[- Mehr](#)

Bernau in der Zukunft – Die Stadt auch für die Zukunft lebenswert erhalten und gestalten

Ziel ist es, über die Stadt Bernau eine planerische Vorgabe zu legen, die verbindliche Standards setzt und baumässigen Wildwuchs verhindert. Wildwuchs, der zukünftig kaum noch zu korrigieren ist.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, mit einem Zusammenspiel geeigneter Planungsinstrumenten die Machbarkeit einer Rahmenplanung für das Bernauer Stadtgebiet zu prüfen, welche für derzeit noch im Frühstadium der Bearbeitung befindliche und zukünftige Bebauungspläne und Infrastrukturvorhaben als verbindliche Vorgabe dienen soll.

Ferner wird der Bürgermeister gebeten, geeignete Vorschläge für Festsetzungen in dieser Rahmenplanung zu unterbreiten.

Inhalt und Begründung:

Die Bautätigkeit in Bernau ist derzeit sehr dynamisch. Gerade in der Lage zum nahegelegenen Berliner Stadtgebiet ist eine hohe Nachfrage nach Wohnraum zu spüren. Eine Vielzahl von Baugebieten wird derzeit als Folge dieser Entwicklung ausgewiesen und es ist zu erwarten, dass der Trend auch zukünftig anhält.

Aktuell sind folgende schädliche Trends zu beobachten, denen im Interesse der städtebaulichen Entwicklung, eines lebenswerten Umfeldes und des Stadtklimas entgegenzuwirken ist:

Der aufmerksame Betrachter wird in einer Vielzahl Bernauer Gärten eine geringe Artenvielfalt beobachten.

Pflegeleichtigkeit geht vor Ökologie und Klimaschutz. Die Folge sind neben dem Fehlen der klimatischen Nutzwirkung von Bäumen fehlende Nahrungsgrundlagen für Insekten, die für die Bestäubung von Zier- und Nutzpflanzen unverzichtbar sind. Die Biodiversität und Klimapflege sind wichtige Faktoren von Gemeinwohlrelevanz, die es zu schützen und unterstützen gilt.

Bauträger/ Projektentwickler neigen dazu, in ihren Planungen zur Optimierung des erzielbaren Erlöses aus den Parzellenverkäufen möglichst wenig Gemeinflächen einzuplanen und dafür die zu verkaufenden Parzellen zu vergrößern. Die Folge dieser kaufmännischen Erwägung sind zu schmale Bürgersteige auf den Verkehrsflächen, die einerseits keinen Platz für Straßengrün/ Bäume lassen, aber auch den Fußgängerverkehr behindern. Deswegen muss bei der Begegnung von Kinderwägen mit Rollatornutzer z.B. in manchen B-Plangebieten einer auf die Fahrbahn ausweichen.

Gleiches gilt auch für öffentliche Straßen außerhalb von Erschließungsgebieten, deren Ausgestaltung aus Gründen der Kostenersparnis für Beitragszahler zu klein dimensioniert werden könnten.

Zu wenig Straßengrün und zu wenige Bäume führen gerade in heißen Sommern mangels ausreichender Beschattung zu erhöhter Strahlungswärme, erhöhtem Staubaufkommen und einem dadurch bedingt nur schwer schlecht erträglichem Stadtklima.

Dieser Effekt wird sich infolge des Klimawandels voraussichtlich noch verstärken.

Ein schlecht erträgliches Stadtklima ist mit dem Selbstbild des Gesundheitsstandortes Bernau nicht vereinbar.

Zu wenig einladende Gemeinschaftsflächen in Wohngebieten

führen zu einer Anonymisierung des Wohnumfeldes, weil die Verkehrsflächen sich aufgrund der zu geringen Breite kaum als Orte der Begegnung eignen. Gerade in einer prognostiziert älter werdenden Bevölkerung sind aber wohnortnahe öffentliche Orte der Begegnung ein wichtiger Faktor im sozialen Miteinander der Menschen und steigern die Identifizierung mit dem Wohnumfeld.

Um die Folgen der Flächenversiegelung und damit Probleme mit der Entsorgung des Oberflächenwassers zu mildern, sollen wasserdurchlässige Oberflächen für mehr Versickerung vor Ort sorgen und die technischen Entwässerungssysteme entlasten.

Fehlentwicklungen in den heute erstellten Bebauungsplänen sind nach einer bereits festgeschriebenen Parzellierung und den nach Verkauf festgeschriebenen Eigentumsverhältnissen nachträglich kaum noch zu korrigieren. Deswegen bedarf es verbindlicher Vorgaben, mit denen eine geordnete städtebauliche Entwicklung gefördert wird, welche auch in Zukunft ein lebenswertes Umfeld ermöglicht. Deswegen ist angesichts der Dynamik im Bernauer Baugeschehen eine möglichst zügige Umsetzung der Erstellung einer Rahmenplanung anzustreben.

Bäume, die heute gepflanzt werden, werden ihre segensreiche Wirkung im Stadtklima frühestens in 10 – 15 Jahren entfalten. Das bedeutet, dass heute die Entscheidungen getroffen werden müssen, die für Bernau im Jahr 2030 bedeutsam sind.

Das öffentliche Interesse an einem lebenswerten Umfeld in der Stadt überwiegt das private Interesse nach Gewinnoptimierung und uneingeschränkter Nutzung des Eigentums. Insofern sind die zu treffenden Festlegungen und damit

verbundenen Einschränkungen des Eigentums im öffentlichen Interesse nicht nur geboten, sondern auch verhältnismäßig.

Im Übrigen ist ein attraktiv und zukunftsfest gestaltetes Wohnumfeld ein Verkaufsargument, welches in Neubaugebieten durchaus absatzfördernd wirkt.

Der einreichenden Fraktion schweben dabei Festlegungen vor, deren Umsetzung wünschenswert erscheinen.

Für neu projektierte Straßen außerhalb von B-Plangebieten sollte dabei grundsätzlich angestrebt werden, dass..

...die Oberflächen der Bürgersteige möglichst wasserdurchlässig ausgestaltet werden;

... die Straßenentwässerung und Leitungsführung von Versorgungsleitungen so ausgeführt werden, dass keine Konflikte mit den Wurzeln von Straßenbäumen entstehen und auch nachträgliche Arbeiten an den Anlagen konfliktfrei möglich sind.

... möglichst alle 10 bis 20 Meter Straßenlänge Baumpflanzungen vorgesehen werden, deren Wurzelbereiche vor mechanischen Belastungen zu schützen sind;

...die Bürgersteige so breit auszugestalten sind, dass ausreichend Platz für beide Nutzer ist, wenn sich Kinderwagen und Rollatoren begegnen. Ebenso sollen auch ausreichend Flächen für die Aufstellung von Bänken vorgesehen werden.

In neuen Bebauungsplangebieten sollten in genannter Rahmenplanung darüber hinaus geeignete Vorgaben ausformuliert werden, wie beispielsweise

... in neu geplanten Wohngebieten sollte die interne Erschließung möglichst in Form

von Mischverkehrsflächen ausreichender Breite erfolgen,

... Flächen für den ruhenden Verkehr sollten grundsätzlich auf den Parzellen angeordnet. Die öffentlichen Mischverkehrsflächen sind dem fließenden Verkehr und ruhenden Lieferverkehr vorbehalten.

Parkflächen für den Besucherverkehr sollten möglichst jeweils an den Rändern der B-Plangebiete vorgehalten werden.

... Die Oberflächen der Mischverkehrsflächen sollten möglichst wasserdurchlässig ausgestaltet werden.

Die Straßenentwässerung und Leitungsführung von Versorgungsleitungen sollte möglichst so vorgeschrieben werden, dass keine Konflikte mit den Wurzeln von Straßenbäumen entstehen und auch nachträgliche Arbeiten an den Anlagen konfliktfrei möglich sind.

In den Mischverkehrsflächen sollten möglichst alle 10 bis 20 Meter Straßenlänge Bäume vorgesehen werden, deren Wurzelbereiche vor mechanischen Belastungen zu schützen sind.

Über die notwendigen Verkehrsflächen hinaus sind bei Plangebieten unter 20.000 qm mindestens 15% des Plangebietes als öffentliche Gemeinschaftsflächen und Grünflächen auszuweisen. Bei beplanten Flächen > 20.000 qm sind mindestens 10% für Gemeinschaftsflächen zu reservieren,

Effiziente Flächennutzung in Potsdam

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, baulich ineffizient genutzte und zugleich gut erschlossene Flächen zu ermitteln und darzustellen. Es ist zu prüfen, welche grundsätzlichen Möglichkeiten eröffnet werden können, um eine höhere Ausnutzung zu erreichen. Beispielsweise soll ein Modell für wirtschaftliche Anreize entwickelt werden, um auf diesen meist in privatem Eigentum befindlichen Flächen vor allem auch kleinteilige Gewerbeansiedlungen zu initiieren.

Bestehende Grundsatzbeschlüsse wie der Flächennutzungsplan oder die Leitplanung zum Weltkulturerbe sind dabei unverändert zu berücksichtigen.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im November 2016 vorzulegen.

Begründung

Das bauliche Wachstum der Landeshauptstadt Potsdam ist von einer sich verschärfenden Flächenkonkurrenz der vielfältigen Belange gekennzeichnet. Es wird immer stärker erforderlich, die Entwicklung so zu steuern, dass es nicht zu einer Verringerung der Landschafts- und Luftqualität führt. Es geht um eine Trendwende im Umgang mit den Flächen in der Stadt, mehr Funktionen zu ermöglichen und gleichzeitig den Anstieg des Flächenverzehr zu bremsen.

Das vorgeschlagene aktive Zugehen auf Grundstückseigner wird nicht die einzige Methode sein und auch nur an bestimmten Orten zum Erfolg führen können, deshalb gilt es, weitere Möglichkeiten zu erkunden.

Das Wachstum der LHP hat zahlreiche Nutzungskonkurrenzen für die Flächen der Stadt zur Folge. Der Bedarf an Flächen für kleinteilige Gewerbestrukturen wird immer deutlicher. Der Bedarf an Sportflächen, Wohnflächen, Schulneubauten oder Parkflächen für Fahrräder und Autos stehen in Konkurrenz zum Erhalt der Grünräume in der Stadt und teilweise dem Schutz der Weltkulturerbelandschaft. Immer mehr kleine, grüne Freiflächen oder kleinere Baumbestände fallen der Entwicklung zum Opfer, die Stadt wird immer weiter verdichtet und immer noch gibt es Fälle, bei denen der Umgebungsschutz des Weltkulturerbes zum Thema gemacht werden muss. Daneben gibt es viele Flächen im Stadtgebiet, auf denen sich größere Parkplätze oder einstöckige Gebäude bzw. nicht anders nutzbare Brachen wie die unter der Nutheschneelstraße befinden. Die landschaftsverträgliche und zugleich höhere Ausnutzung solcher Flächen würde zusätzliche Nutzungen ohne weiteren Flächenverzehr ermöglichen und in vielen Fällen zugleich städtebauliche Missstände beseitigen.

Demographischer Wandel: Herausforderung für das Wohnen und die Pflege älterer Menschen

Samstag, den 02.07.2016,
Potsdam, 10 - 14 Uhr

Themen:

Die Brandenburger werden immer älter. Dadurch kommen auf die Städte und Gemeinde neue Aufgaben zu. Ältere Menschen brauchen andere Wohnungen und Wohnformen als junge Familien. Sie brauchen altersgerechte Möglichkeiten der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und in vielen Fällen Betreuung und Pflege. Welche Aufgaben hat die Kommune bei der Entwicklung von Angeboten und welche Steuerungsmöglichkeiten gibt es?

ReferentInnen:

Michael Plazek, Verwaltungswirt, ist Projektleiter "Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten bedürfnisorientierter Altenpflegestrukturen" an der Universität Potsdam

Dr. Ingrid Witzsche arbeitet in der Akademie zweite Lebenshälfte im Bereich Wohnen im Alter.

Anmeldung

Um Anmeldung wird gebeten unter anmeldung@gbk-brandenburg.de. Der Teilnahmebeitrag in Höhe von 10,-€, GBK-Mitglieder 5,-€ wird vor Ort erhoben. Anmeldung bitte bis zum 23. Juni 2016.